

# Sächsische Volkszeitung

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sam- und Festtage.  
Bezugspreis 1 Mkt. 50 Pf., ohne Postgebühren. Bei  
auswärtigen Bestellungen ist Zeitungspostgebühr einzulösen.  
Abnahme-Preise: 11-12 Uhr.

Unabhängiges Tagesblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Anzeigen werden die Spezialisten Verträge oder deren Namen in  
15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.  
Nachdruck, Nachahmung und Verbreitung ist verboten.  
Vollständiger Katalog 43. - Verlagsort: Dresden.

## Handelsverträge allein tun es nicht.

Man schreibt uns aus parlamentarischen Kreisen:

Der Geduldsfaden kann nachgerade der deutschen Landwirtschaft reizen; immer wieder Verträge, immer wieder Verschiebungen! Aber ein sehr großer Teil der deutschen Industrie klagt ebenso! Auch er hat den erhöhten Zollsatz nötig! So fragt die gesamte deutsche Arbeit: Wann endlich kommen die neuen Handelsverträge? Wir verwenden an Oesterreich viel zu viel Liebenswürdigkeiten. Wenn die holden Nachbarn nicht kommen, dann haben sie einfach gehaut! Wir können ohne Oesterreich-Ungarn sehr gut auskommen, dieses aber nicht ohne uns. Das Nachbarland muß uns haben, um freien Markt zu erhalten. Diese günstige Position muß unsere Reichsleitung viel entscheidener ausnützen. Graf Pobjadowsky tat das während seines Wiener Aufenthaltes, aber die jetzigen Verhandlungen in Berlin lassen von dieser Entschiedenheit manches vermessen. Warum setzt man Oesterreich-Ungarn nicht einfach einen Tag als Schlusstermin der Verhandlungen? Dann werden die großsprecherischen Magyaren schon heinfant werden. Die Herren in Budapest glauben wohl, daß sie mit uns Reichsdeutschen ebenso Kegelspiel treiben dürfen wie mit den Wienern und der dortigen Regierung? Aber da rechnen sie falsch!

Der endgültige Abschluß aller Handelsverträge hat auch deshalb Eile, weil damit noch lange nicht alles getan ist, um die deutsche Arbeit genügend zu schützen; ja, wir möchten sagen, daß das schwierigste Stück Arbeit erst folgen wird und das ist die Beseitigung der Meistbegünstigungsverträge. Wir haben mit nur sechs Staaten regelrechte Tarifverträge, nämlich mit Rußland, Rumänien, Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz. Mit der großen Zahl der übrigen Staaten stehen wir im sogenannten Meistbegünstigungsverhältnis, das heißt jede Zollvergünstigung, die wir einem der Vertragsstaaten einräumen, müssen wir ohne jede Gegenleistung auch den meistbegünstigten Staaten geben, während diese sich zu derselben Haltung gegenüber Deutschland verpflichten. Selbstverständlich sind sämtliche Meistbegünstigungsverträge kündbar bis auf einen; in dem deutsch-französischen Frieden haben wir „auf ewige Zeiten“ Frankreich das Recht der meistbegünstigten Nation eingeräumt, was vielleicht der größte Fehler war. Jedenfalls hat diese Klausel Frankreich veranlaßt, immer höhere Zollmauern um sich aufzurichten. Aber das Verhältnis zu Frankreich kann leicht dadurch ohne jeden Vertragsbruch zu nichte gemacht werden, daß wir einfach sämtliche Meistbegünstigungsverträge beseitigen.

Wie notwendig das ist, beweist wieder die Handelsstatistik des Jahres 1903, die soeben erschienen ist. Demnach beträgt die deutsche Ein- und Ausfuhr von und nach den Vertragsstaaten nur 36 resp. 37 Prozent des gesamten deutschen Spezialhandels; 63 oder 62 Prozent unserer Ein- und Ausfuhr geht nach den Staaten mit Meistbegünstigung. In anderen Worten ausgedrückt heißt das: Für ein starkes Drittel unseres wirtschaftlichen Verkehrs haben wir die richtige Form der Handelsverträge, für aber nahezu zwei Drittel desselben sind wir durch die fehlerhaften Meistbegünstigungsverträge gebunden. Was aber an diesen Zahlen noch schlimmer ist, daß unter den letzten zwei Dritteln sich unsere gefährlichsten Gegner befinden und zwar sowohl für die Landwirtschaft wie für die Industrie; es sind dies die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Argentinien, auch Australien. Also gerade mit den wichtigsten Einfuhrländern haben wir die unvollkommenste Form der Handelsbeziehungen.

Sobald deshalb die Handelsverträge erledigt sind, muß an die Beseitigung der Meistbegünstigungsverträge gegangen werden; wir müssen auch hier regelrechte Tarifverträge erhalten. Es ist dies schon geboten, weil gerade unsere handelspolitischen Beziehungen zu Nordamerika sehr unklare sind. Wir würden deshalb nicht, daß ein Zollkrieg ausbrechen müßte, nein, es sollen nur Tarifverträge zustande kommen und darauf werden sich diese Staaten einlassen, sobald wir einmal energisch auftreten, das heißt die Meistbegünstigungsverträge kündigen. Wir fordern die Fortsetzung der Vertragspolitik, aber wir fordern hier ganze Arbeit, nicht nur Drittelsarbeit!

Eine allerdings noch schwierigere Frage ist die der internationalen Regelung der Verkehrsverträge, das heißt Vereinbarungen der Tarife auf Eisenbahnen und Wasserstraßen. Eine gesunde Handelspolitik muß gestützt werden durch eine entsprechende Verkehrsverträge, selbst die höchsten Zölle können nahezu illusorisch gemacht werden, wenn das exportierende Land seine Eisenbahntarife so niedrig stellt, daß es an seine Grenze um den Zoll niedriger seine Ware bringt. Allerdings muß dann das Exportland den Schaden tragen durch seine verminderten Eisenbahneinnahmen und allzulange kann es dies nicht aushalten. Aber immerhin können Tarifvergünstigungen für Exportware unseren Zolltarif in seinen Wirkungen sehr herunterdrücken. Es muß die Aufgabe der Zukunft sein, auf diesem Gebiete ebenso zu Vereinbarungen zu kommen wie bezüglich der Zölle. Schwierig ist es; wo beide Staaten die Bahnen in Besitz haben, geht es leichter; wo viele Privatbahnen bestehen, schon schwerer. Aber große Bedenken entstehen bezüglich der Kontrolle solcher Vereinbarungen. Wohl finden sich in den seitherigen Handelsverträgen schon einige Ansätze hierzu; so ist in der Regel bestimmt, daß die fremde Ware auf den

Eisenbahnen nicht schlechter behandelt werden darf, als die einheimische, so weit sie in derselben Richtung befördert wird. Nehmen wir den Fall praktisch: Russischer Weizen darf von Thorn bis Berlin nicht höher kommen, als deutscher Weizen von Thorn bis Berlin! Wie aber steht es umgekehrt, wenn eine deutsche Ware ins Ausland geht oder vom Innern des Auslandes zu uns herüber! Da treten eine Unmasse von Vergünstigungen ein! So ist es ganz allgemein bekannt, daß die österreichischen Bahnen das Malz und die Gerste, das über Braunau nach Bayern geht, viel billiger befördern, als Malz und Gerste, die in Braunau selbst bleiben. Namentlich in Oesterreich ist dieses System der Refaktion sehr entwickelt. Deutschland zahlt mit derselben Münze heim; zum Beispiel werden Textilwaren von Mühlhausen i. E. nach Passau selbst viel teurer verfrachtet, als wenn ich sie nach Passau über die österreichische Grenze sende. Die Zahl dieser Beispiele ließe sich sehr vermehren. Es wird eine Aufgabe unserer Staatsmänner sein, hier nach Vereinbarungen zu trachten, so daß die Zollpolitik nicht illusorisch gemacht wird durch die Tarifpolitik auf den Verkehrswegen. Wir verhehlen uns allerdings nicht, daß diese Frage noch viel schwieriger ist, als die des Abschlusses eines Handelsvertrages.

Und nun kommt noch eine dritte Aufgabe hierzu, das sind internationale Vereinbarungen über den Arbeiterschutz! Wenn das Ausland keinerlei Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit kennt, keine Maximalarbeitszeit einführt, wenn Sonntagsruhe nichts wissen will, eine Versicherungs-gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter ablehnt, so wird es immer in der Lage sein, billiger zu produzieren als Deutschland, das in diesen Fragen vorangeht. Es wird ja vielfach jede Weiterführung der Sozialpolitik zu Gunsten des Arbeiterstandes damit bekämpft, daß man auf das Ausland hinweist. Deutschland ist nun berechtigt und dazu berufen, die Führung zu übernehmen, um internationale Arbeiterverträge abzuschließen; es kann jetzt schon am meisten bieten. So würde zum Beispiel die Einführung des Zehnstundentages wohl von niemandem mehr bekämpft werden, wenn Holland, Italien und die Schweiz mit uns diesen Schritt tun. Es ist selbstverständlich, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit des Arbeiterschutzes in den konkurrierenden Staaten von höchster Bedeutung ist!

Wie man also sieht, tut es der Abschluß von Handelsverträgen allein nicht, sondern dann geht die Arbeit erst recht an; sie ist notwendig zum Schutze der deutschen Produktion. Sie wird aber in demselben Maße um so mehr notwendig, als die fremden Staaten sich immer mehr selbständig zu machen suchen und unserem Markte die Türen schließen wollen. Die Schwierigkeit dieser Arbeit darf nicht erschrecken; der Erfolg ist um so größer und segensreicher für unser Vaterland!

## Ueber die Bewegung der Vergleute im Ruhrgebiet.

Die Zustände im Ruhrgebiet fangen bereits an, recht bedenklich zu werden. Verachtete Forderungen der Vergleute auf der einen Seite und gleichgültiges, abnehmendes Verhalten der Vergewaltigung auf der anderen! In einer Sitzung der Arbeiterkommission in Langendreer teilte der Vorsitzende, Bergmann D u h mit, daß der Feiger der Rede „Brüder“, Herr Hugo Stinnes, die Kommission als Vertretung der Vergleute nicht anerkenne, obwohl das Oberbergamt dies getan hat. H u s e m a n n - R o s s u m meint, daß die Kommission sich in allen Stücken entgegenkommend gezeigt hätte, sie aber dafür nicht die geringste Billigung erfahren habe. Im Gegenteil hat die Verwaltung die Arbeiter stundenlang warten lassen und hat wieder die Lieferung der Hausbrandkohle verweigert. Redner sagte, daß es sich bei Herrn Stinnes nur um schöne Worte handle, teilte aber mit, daß bis zur Schlichtung des Streites beim Oberbergamt ruhig eingefahren werden solle und ermahnte alle zur größten Ordnung.

In der nämlichen Versammlung erklärte der Vorsitzende des polnischen Gewerkschaftsverbandes die Solidarität der polnischen Arbeiter mit den deutschschreibenden und machte die Mitteilung, daß er aus sicherer Quelle wisse, Stinnes habe schon ein Militärangebot aus Mülheim an der Ruhr gestellt. Reichstagsabgeordneter S a c h s e führte aus, daß die Verwaltung die Arbeiterschaft direkt provozieren, was außer den anderen Verweigerungen auch die Entziehung der Kohlenabgabe beweise. Unter den Vergleuten sei die größte Krankheitszahl, da von 100 gerade 55 krank seien. Die Hauptforderung bleibe die Einführung der achtstündigen Schicht mit Verbot der Ueberstunden. Ferner gab der Redner bekannt, daß die Sympathie der Bevölkerung auf Seiten der Vergleute liege. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am heutigen Vormittag in Langendreer tagende Delegatensammlung der Jahre Gewerkschaften protestiert nachdrücklich gegen das Festhalten der Jahresverwaltung an der verlängerten Schicht, sowie auch gegen das Verhalten des Betriebsleiters K n e p e r, der die Kommission durch Wiederbellen und Schwören geradezu verhöhnte. Sie protestiert auch gegen das Vorenthalten von Kohlen an Delegatensammlungen und betrachtet dies als eine Herausforderung. Die Versammlung erwartet von den Verhandlungen, die heute Nachmittag vor dem Oberbergamt Form und Inhalt finden, die Zurücknahme des Anklages; denn die Vergleute wird die gräuliche Seilschaftverlängerung nicht anerkennen, mag es liegen oder kochen. Wir wollen den Frieden, aber unter keinen Umständen verlängerte Seilschaft.

Die Solidarität der italienischen Bergarbeiter wurde dieser am 6. d. M. zusammengetretenen Versammlung durch einen italienischen Fachgenossen erklärt und diese hierauf geschlossen.

Das Oberbergamt lehnte nun merkwürdigerweise jede Vermittlung ab und empfahl, die Vergleute möge die Wittener Spruchkammer des Berggewerbegerichts als Einigungsamt anrufen. Es sollen je zwei Arbeiter und Zehnjährige unter Vorsitz des Berghauptmanns Baur ein Einigungsamt bilden. Dieser Vorschlag wurde von der Vergleute angenommen. Allgemein ist man zwar der Meinung, daß dies nur wieder eine Verschleppung der Angelegenheit bedeutet, jedoch will die Arbeiterschaft, was sie vorteilhaft von der anderen Partei unterscheidet, möglichst alles in Frieden und Güte erledigen.

Vom Sonnabend Mittag liegt folgendes Telegramm vor:

Die Kommissions-Vorsitzenden, der Reichstagsabgeordnete S a c h s e und der Gewerkschaftsleiter H u s e m a n n, begaben sich heute morgen vor Beginn der Frühlicht auf der Jägerstraße zum Betriebsleiter K n e p e r und unterbreiteten ihm den gestern abend gefassten Beschluß: auf der Lieferung von Hausbrandkohle zu bestehen. K n e p e r sagte zwar zu, erklärte aber, die geforderte schriftliche Erklärung nicht geben zu können. Trotzdem fahren die keine der Vergleute nicht ein, die aus ungefähr 250 Mann besteht. Im Bezirk herrscht noch vollkommene Ruhe. Heute morgen um zehn Uhr findet eine Versammlung statt, in der über die Angelegenheit beraten werden soll, ob die Nachmittagslicht einfahren soll oder nicht.

Eine der Hauptstreitfragen ist die der Einrechnung der Seilschaft in die Arbeitszeit. Die Seilschaft ist die Einfahrt in die Grube, welche bei einer zahlreichen Arbeiterschaft sehr lange dauern kann. Während die Angestellten gerechterweise diese Zeit als Arbeit angerechnet haben wollen, weigert sich die Verwaltung, diese als solche anzuerkennen und entsprechend zu honorieren.

Es wird allgemein einkundet, daß das Verhalten der Verwaltung den Arbeitern gegenüber, die ein ruhiges und anständiges Gebahren innehalten, zum mindesten tadelnswert ist. Herr Stinnes und auch die anderen anschlagngebenden Instanzen sollten sich bewusst sein, welche moralische Verantwortlichkeit sie haben. Mit Recht schreibt die „Köln. Volksztg.“, „daß infolge besseren Ausbaues der Organisation unter die Vergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues ein anderer, kritisch beobachtender und nachdenklicher Geist gekommen sei, und auf der anderen Seite, von Arbeiterseite, wird geklagt über das Ueberhandnehmen eines jenseitigen Kapitalismus, der ohne Rücksicht auf Wohl und Wehe des einzelnen Arbeiters nur noch den Reichtum befinde, für die betreffende Gesellschaft möglichst viel herauszuschlagen.“ Die Zukunft wird lehren, zu wessen Gunsten der Streit entschieden wird, so viel aber ist sicher, daß es sich hier nicht um einen provokierten Streik der Vergleute handelt, sondern um deren gutes Recht!

## Politische Rundschau.

Dresden, den 8. Januar 1905.

— Anlässlich der Feier des 60. Geburtsstages des Prinzen Ludwig, des bayerischen Thronfolgers, der am 7. Januar 1845 geboren wurde, überbrachten die Bürgermeister der Städte München, Künzberg und Lindau Ehrengeleise. Es gingen dem Prinzen zahlreiche Glückwunschtelegramme zu, darunter solche von Kaiser Wilhelm, dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Sachsen. Der Prinz-Regent und alle Mitglieder der königlichen Familie gratulierten persönlich. Später empfing der Prinz den päpstlichen Nuntius, der die Glückwünsche und den Segen des Papstes überbrachte.

— Das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge soll, wie der „Deutschen Tageszeitung“ mitgeteilt wird, nicht für den 1. Januar 1906 in Aussicht genommen und vereinbart worden sein, sondern für ein Jahr nach der endgültigen Ratifikation der betreffenden Verträge. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält diese Mitteilung nach Lage der Dinge für sehr wahrscheinlich.

— Die Handelsvertragsverhandlungen, die am Mittwoch mit den österreichischen Unterhändlern fortgesetzt wurden, dürften dem „Berliner Tageblatt“ zufolge mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Ueber die Frage des Gerste- und Malzollses ist, wie das genannte Blatt erzählt, jetzt eine Verständigung erfolgt. Oesterreich-Ungarn hat den Zoll von 4 Mkt. auf Braugerste und von 6 Mark auf Malz akzeptiert mit dem Vorbehalte, daß die aus Rußland nach Deutschland importierte Gerste als Futtergerste kenntlich gemacht werden müsse. In einer Sitzung von Vertretern der Malzindustrie, die nach der Rückkehr der österreichisch-ungarischen Unterhändler nach Wien kurz vor Weihnachten stattfand, wurde dies von einem Vertreter des Handelsministeriums zur Kenntnis gebracht.

— Wegen der russische Anleihe müssen wir nochmals unsere ernstlichen Bedenken aussprechen. Der Kurs mit 95 Proz. und 4 1/2 Proz. Zinsen ist ja sehr verlockend, zumal schon in wenigen Jahren die Aufnahme wieder möglich werden soll. Es stellt sich damit eine Verzinsung von nahezu 6 Proz. heraus. Aber gerade diese Höhe ist verdächtig; namentlich Leute mit geringem Vermögen sollten sich durch keinerlei Spekulationen dazu verleiten lassen, am kommenden 12. Januar zu zeichnen. Die Großfinanzen mag dies tun; sie kann das Risiko leicht tragen! Die Verhältnisse im Innern des russischen Reiches sind garnicht geklärt; eben wird bekannt, wie der Vorsteher der